

Vorschläge nicht berücksichtigt 29.3.78

Ärger im Nackenheimer Rat über den Raumordnungsplan

-m- Nackenheim. - Mit insgesamt 23 Tagesordnungspunkten befaßte sich der Ortsgemeinderat in jüngster Sitzung. Einstimmig nahmen die Gemeindevertreter dabei die Satzungsänderung zur Erhebung von Beiträgen für die Weinbergshut an. Dabei wurde auch festgestellt, daß künftig eine Einzelunterrichtung der Winzer über die Schließung der Weinberge entfällt. Eine amtliche Bekanntmachung soll dies ersetzen.

Eine ablehnende Haltung nahmen die Ratsmitglieder gegenüber einer gewünschten Erweiterung des Bbauungsplanes „Verlängerte Haferwiese“ ein. Auf Antrag eines Bürgers sollten weitere Häuser entlang der Bundesstraße 9 erstellt werden. In der ehemaligen Schule in der Weinbergstraße wird die Blitzschutzanlage nicht mehr erneuert, weil nach den Bestimmungen auf Gemeindehäusern dies nicht mehr gefordert wird. Ortsbürgermeister Willi Wöll führte dazu aus, die ehemalige Anlage sei durch Brand zerstört worden. Ebenso einstimmig stimmten die Ratsmitglieder dem Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses zu, beim Grunderwerb von Straßenland in der Königsberger Straße für den Quadratmeter als Verhandlungsbasis 25 Mark anzusetzen. Um weitere Zinsen zu sparen, sollen die Erschließungsbeiträge bald erhoben werden. Um die Teile herauszunehmen, die noch zur Abrechnung kommen können, beschloß der Rat einstimmig eine Kostenspaltung.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab Ortsbürgermeister Willi Wöll bekannt, daß der regionale Raumordnungsplan für Rheinhesen rechtsverbindlich geworden sei. Keine der von der Gemeinde Nacken-

heim gemachten Vorschläge seien darin aufgenommen worden. Ratsmitglied Richard Speckenheuer (SPD) führte dazu aus, man müsse sich fragen, was das Ganze noch solle. Man schlage sich in den Ausschußsitzungen „Abende um die Ohren“, um für die Zukunft zu planen, um dann mitgeteilt zu bekommen, daß die Sache rechtskräftig sei, ohne jegliche Stellungnahme zu den gemachten Vorschlägen. Ratsmitglied Eugen Stolle (FWG) schlug vor, die Verbandsgemeinde solle ein Schreiben an die Staatskanzlei richten und anfragen, warum nichts berücksichtigt wurde. Die Anregung wurde einstimmig gebilligt.

Wegen der Kostenbeitragspflicht zur Anhebung der Freileitung zur Insel „Kisselwörth“ für die elektrische Versorgung, hat das Straßenbauamt Worms an die Gemeinde ein Schreiben gerichtet. Ausschuß und Rat waren der Auffassung, daß der Verursacher auch zahlen müsse. Fest stehe, daß eine Anhebung der Freileitung nur durch den Neubau der Umgehung Nackenheim entstanden sei.

Ortsbürgermeister Willi Wöll unterrichtete den Rat, daß die Straßenbeleuchtung im abgelautenen Jahr 1981 Mark höhere Stromkosten verursacht habe. Im Etat seien 17 000 Mark vorgesehen gewesen. Die Gewerbesteuerumlage habe 5365 Mark an Mehreinnahmen gebracht. Bei der Weinbergshut seien 6694 Mark überplanmäßige Ausgaben entstanden. Demgegenüber stünden allerdings Einsparungen bei den Hüterlöhnen in Höhe von 8000 Mark gegenüber. Die Mehrbelastungen seien durch die Anschaffung der Schußapparate entstanden.